

Wenn das Selbstverständliche infrage gestellt wird Warum Safer Spaces zur Überwindung kolonialer Kontinuitäten nötig sind



Die letzten Jahre hat es im Bereich der Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit und den damit verbundenen Folgen für die Gegenwart viele Fortschritte gegeben. Ob beispielsweise öffentliche Abendveranstaltungen, die Behandlung im Schulunterricht oder aber auch im Kontext von Museen: Immer öfters spielt der Themenkomplex eine Rolle. Dass das so ist, hat selbstredend viele Gründe. Ein nicht zu unterschätzender Grund ist das beständige Engagement von durch koloniale Kontinuitäten marginalisierte Gruppen selbst – also Menschen, die etwa potentiell negativ von kolonialrassistischen Stereotypisierungen betroffen sind. Oft schwappte die Erkenntnis, dass hier etwas geschehen muss, von diesen Gruppen zu Vertreter*innen von persönlich nicht betroffenen Gruppen über. Letzteres ist wichtig, um eine gesamtgesellschaftliche Wirkmacht entfalten zu können. Denn ohne genügend Mitstreiter*innen aus der sogenannten Mehrheitsgesellschaft bleiben die Erfolgsaussichten überschaubar.

Aus der Geschichte lernen?!

Ein Blick auf die Geschichte der Emanzipationsbewegung, in der es um mehr Geschlechtergerechtigkeit ging, zeigt: Oft sind geschützte Räume, Safer Spaces nötig, damit die jeweils benachteiligte Gruppe sich über ihre Zielsetzung und den Weg zur Zielerreichung austauschen kann, ohne dass persönlich nicht von der Diskriminierung Betroffene permanent versuchen den Sachverhalt zu relativieren, zu beschwichtigen, kleinzureden oder gar zu leugnen. Das kam und kommt regelmäßig vor und behindert die Artikulation der eigenen berechtigten Interessen. Das ist kräftezehrend für die Betroffenen und geht nicht selten an

die Substanz, wenn wichtige Erkenntnisse und daraus resultierende Bedarfsanalysen ständig zerredet werden.

Ähnliches gilt übrigens auch im Bereich der Geschichte von Arbeitnehmer*innen-Kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen. So gesehen sind auch Gewerkschaften Safer Spaces – die unabhängigen selbstredend. Wenn Ziele und Forderungen immer direkt durchgehend in Anwesenheit der Arbeitgeber*innen formuliert und verhandelt werden müssten, die in der Regel versuchen den Status quo zu wahren, dann wäre so manche Verbesserung der Situation von Arbeitnehmer*innen noch nicht erzielt worden. Auch Arbeitnehmer*innen-Vertretungen profitieren also von geschützten Räumen, in denen sie ohne Relativierungen und Kleinredei ihrer Probleme ihre Interessen erst einmal unter sich deutlich artikulieren konnten bzw. können, bevor sie diese dann mit der strukturell privilegierteren Seite weiterverhandeln konnten bzw. können.

Dabei ist ein Safer Space nie ganz sicher, denn oft wird der dafür vorgesehene Raum – im wörtlichen Sinne, aber auch in Bezug auf die zur Verfügung stehende Zeit dafür – von Rahmenbedingungen geprägt, auf die Gruppen, die einen Schutzraum suchen, kaum Einfluss haben.

Von Benachteiligten und Privilegierten – auch in Personalunion

Die Beispiele oben verdeutlichen: Viele Gruppen können je nach Kontext marginalisiert sein. Aufgrund von Intersektionalität, also der Möglichkeit einer Mehrfachdiskriminierung, können Menschen von verschiedenen Formen der Benachteiligung gleichzeitig betroffen sein. Und Privilegien bedeuten hier nicht reich und anerkannt zu sein, sondern stehen für ein strukturelles Nicht-Diskriminiert-Sein. So kann eine *weiße* Frau von Sexismus betroffen sein, während eine Schwarze Frau zusätzlich Opfer rassistischer Diskriminierung werden kann. Und während ein Schwarzer Mann ähnliche Erfahrungen mit Rassismus machen kann wie eine Schwarze Frau, wird er im Gegensatz zu ihr nicht Opfer von Sexismus werden. Aber auch ohne den kolonialhistorisch bedingten Kontext existiert Intersektionalität: Ein *weißer* Mann aus – wie es heißt – „bildungsfernen Kontexten“ (kein schöner Begriff, denn was ist Bildung? Nur zertifizierte „Expertise“...?) kann von Klassismus betroffen sein, also einer Diskriminierungsform, die sich aus seiner sozialen Herkunft ergibt. Eine *weiße* Frau aus ähnlichen gesellschaftlichen Kontexten kann aber im Gegensatz zu ihm auch noch zusätzlich von Sexismus betroffen sein. Während sich beide möglicherweise verbünden, um gegen Stigma-

tisierung aufgrund der sozialen Herkunft vorzugehen, kann es sein, dass sich ihre Wege trennen, wenn dieselbe Frau auch gegen Sexismus vorgehen möchte – weil der Mann von letztgenannter Diskriminierung persönlich nicht negativ betroffen ist und somit einerseits zwar Benachteiligter, andererseits aber auch Privilegierter ist. Dabei sollte beim Kampf gegen alle Diskriminierungsformen – ob Sexismus, Rassismus, Klassismus und so weiter – gelten: Wer eine Form der Diskriminierung aus persönlicher Nichtbetroffenheit heraus nicht ernst nimmt, braucht nicht nur nicht auf die Solidarität anderer hoffen, wenn es um den Kampf derjenigen Diskriminierungsform geht, von der sie*er persönlich betroffen ist. Es geht viel weiter: Die Akzeptanz *einer* strukturellen Ungleichheit kommt der Akzeptanz struktureller Ungleichheit *im Allgemeinen* gleich. Und wer das akzeptiert, kommt möglicherweise eines Tages selbst „unter die Räder“. Denn sie*er lässt das Tor sperrangelweit offen für *alle* denkbaren Formen von Diskriminierung. Absolute, in Stein gemeißelte Privilegien gibt es nicht. Sie sind eine Momentaufnahme und immer Resultat von Macht-Umverteilungsprozessen. Je länger solche Prozesse dauerten und je länger sie in der Vergangenheit liegen, desto mehr wird der Status quo als normal erachtet, seine Wahrung befürwortet.

Ein Safer Space ist kein Spaßraum...

...zumindest ist das nicht sein Hauptzweck. Natürlich darf und muss darin auch gelacht werden, denn der Grund seiner Existenz an sich ist ja kein erfreulicher. Und da sind gezielte Auszeiten von Zeit zu Zeit nötig, um wieder Kraft für das weitere Vorankommen zu tanken. Wer also vor einem Safer Space steht und darüber klagt: „Oh, ich werde ausgeschlossen!“ sollte es mal folgendermaßen sehen: „Oh, glücklicherweise muss ich hier nicht rein.“

Safer Spaces sind im Übrigen kein Selbstzweck und sollten idealtypisch als Übergangskonstrukt gedacht werden. Sie sind Mittel zum Zweck und sollten eines Tages obsolet werden. Werden sie das nicht, heißt das, dass die darin artikulierten Interessen keine Akzeptanz jenseits davon finden konnten. Um das obengenannte Beispiel des Kampfes um Geschlechtergerechtigkeit noch einmal aufzugreifen: Wären die artikulierten Interessen im Schutzraum geblieben, würden Frauen in Deutschland womöglich noch immer ihre Ehemänner um Erlaubnis fragen müssen, wenn sie arbeiten und eigenes Geld verdienen wollen. Tatsächlich konnten aber Besserungen durch einen (politisch verordneten) Teil-Verzicht der Männer auf ihre bisherigen Privilegien verwirklicht werden. Letztere mussten dazu aber zunächst einmal Empathiefähigkeit und die Fähigkeit zum Perspektivwechsel entwickeln, um dann Zugeständnisse machen zu können. Erst nach graduellen Besserungen der Situation kann ein geschützter Raum möglicherweise zumindest

zum Teil überflüssig werden – auch wenn er im erwähnten Beispiel noch immer nicht vollkommen obsolet geworden ist.

Safer Spaces zur Überwindung kolonialer Kontinuitäten

Genauso verhält es sich auch im Kontext von Safer Spaces zur Überwindung von kolonialen Kontinuitäten. Allerdings gibt es einige Unterschiede. Da die von diesem Bereich unmittelbar betroffenen Gruppen zahlenmäßig gesamtgesellschaftlich weniger ins Gewicht fallen als es etwa Frauen oder Arbeitnehmer*innen taten und tun und sie auch historisch gesehen erst spät im innerdeutschen Kontext eine gewisse Sichtbarkeit erfuhren, sind Widerstände noch allgegenwärtig. Ein zentrales Problem: Die erwähnte persönliche Nichtbetroffenheit sorgt nicht selten für eine mehr oder weniger verbreitete Empathielosigkeit. Obwohl es immer mehr von kolonialen Kontinuitäten negativ betroffene Menschen in Deutschland gibt, werden ihre Belange besonders schnell als unberechtigte Partikularinteressen abgestempelt. Dabei haben viele tagtäglich mit Diskriminierungen beim Arbeitsmarktzugang, bei der Wohnungssuche oder im Bildungsbereich zu kämpfen – um nur einige Beispiele zu nennen. Zusätzlich kommt der Umstand hinzu, dass strukturelle Privilegien im Allgemeinen als selbstverständlich betrachtet werden und ihr Zustandekommen gar nicht reflektiert wird. Das hat häufig zur Folge, dass jeder Versuch, der auf Abbau von Ungerechtigkeit abzielt, von den Privilegierten als ihnen gegenüber ungerecht empfunden wird. Nicht selten wird gar eine gezielte „Opferpolitik“ durch Privilegierte betrieben, durch die versucht wird, den „Spieß umzudrehen“. Das macht Fortschritte beim Abbau von Ungleichheiten schwer – aber glücklicherweise nicht unmöglich.

Benachteiligte könnten berechtigterweise sagen: „Wenn die größte Ungerechtigkeit, die euch widerfahren ist, ein verweigerter Zugang zu einem geschützten Raum ist, dann können wir gerne tauschen!“ Denn: Das „echte“ Leben spielt sich außerhalb der zeitlich und räumlich sehr überschaubaren Safer Spaces ab. Und dort ist entscheidend, wer Zugänge hat und wer nicht oder unter erschwerten Bedingungen. Dabei sind diejenigen Privilegierten, die sich aus einem Reflex heraus über eine vermeintliche Benachteiligung empören, das kleinere Problem. Oft sind ihnen Unrechtskontexte gar nicht ausreichend bewusst, weil sich über die Zeit ein verbreiteter Konsens eingeschlichen hat, dass alles gut ist, wie es ist. Der Wunsch Marginalisierter nach einer Auszeit wird als persönlicher Ausschluss interpretiert. Bezogen auf Benachteiligungskontexte, die als koloniales Erbe bezeichnet werden müssen, heißt das konkret: Vielen Privilegierten sind die Zusammenhänge und die Kontinuitäten zwischen dem Kolonialismus und daraus resultierenden Ungerechtigkeiten in der Gegenwart nicht

bewusst. Und sie fühlen sich häufig umso ungerechter behandelt, wenn sie selbst in einem anderen Kontext ebenfalls zu einer marginalisierten Gruppe gehören. Letzteres – und das ist das größere Problem – wird auch ausgenutzt, um eine Politik der künstlichen Empörung zu machen, die den Status quo, der strukturelle Ungerechtigkeiten reproduziert, verteidigt. Ob in der Bildungs-, Informations- oder aber auch Parteienpolitik: Regelmäßig wird die Relevanz kolonialer Umverteilungsprozesse für die Gegenwart heruntergespielt. Es geht um Macht, auch Deutungsmacht. Otto-Normal-Verbraucher*in ist also nicht die*der Hauptverantwortliche, wenn etwa im Rahmen von Veranstaltungen, Fortbildungen, Ausstellungen oder ähnlichen Kontexten temporäre und / oder räumliche Safer Spaces als eigentliche Selbstverständlichkeit infrage gestellt werden.

Wie weiter?

Helfen können hier niedrigschwellige Bildungsmaßnahmen, die kaum bewusste Zusammenhänge verständlicher machen. Neben rein inhaltlicher Weiterbildung – in konkretem Fall im Bereich Kolonialismus bzw. Kolonialismusfolgen – geht es auch darum zu zeigen, dass der Abbau von Benachteiligung in einer bestimmten Gruppe nichts mit Entrechtung der bisher in diesem Kontext Privilegierten zu tun hat. Im Gegenteil: Am Ende geht es um die Frage: Wie können wir alle in Zukunft möglichst gut und gerecht zusammenleben?

Um abschließend noch einmal zu den Emanzipationsbewegungen für mehr Geschlechtergerechtigkeit und den Arbeitnehmer*innen-Kämpfen zurückzukommen: Trotz aller Widerstände, die es damals gab, wollen doch die wenigsten Menschen das Rad der Geschichte zurückdrehen. Und heterosexuelle Männer bzw. Arbeitgeber*innen sind alles andere als strukturell machtlos geworden nach erwähnten historischen Prozessen.

Bei einem Prozess zur Überwindung kolonialer Kontinuitäten, die auch Gift für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind und somit nicht zuletzt unsere gesamtgesellschaftliche Zukunftsfähigkeit negativ beeinflussen können, sollten wir nicht anders handeln. Und noch ist der Safer Space notwendig – trotz aller Fortschritte, die es in dem Bereich auch zu verzeichnen gibt. Je umfassender seine Notwendigkeit in der Gesellschaft anerkannt wird, desto ungestörter und effektiver kann darin gearbeitet und vorangekommen werden. Was darin erarbeitet wird, dient nicht zuletzt dazu, alternative Vorschläge zum Status quo aus einer spezifischen Perspektive auszuarbeiten und in einem nächsten Schritt in die Gesellschaft zu tragen. Letzteres ist Voraussetzung für einen gesellschaftlichen Dialog, der den Anfang eines Wandels markieren kann.